Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1907

99 (29.4.1907)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 99. Karlsruhe, Montag den 29. April 1907. 27. Jahrgang.

Genossen und Genossinnen! Rüstet zur Maifeier!

Parteitag
der badischen Sozialdemokratie
am 27. und 28. April in Freiburg.

Um 3/4 4 Uhr eröffnete Gen. Engler im Namen der Freiburger Genossen den Parteitag, indem er die Delegierten begrüßt und sie willkommen heißt.

In das Bureau werden gewählt: Ad. Geck (Offenburg) und Kräuter (Freiburg) als Vorsitzende, Faaß (Pforzheim) und Schäfer (Mannheim) als Schriftführer.

Gen. Ad. Geck gedenkt des verstorbenen Gen. Dreesbach; die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Toten von ihren Sitzen. Geck erwähnt auch die Wahl des Gen. Molkenbuhr und bittet um die Zustimmung, daß dem Gen. Molkenbuhr ein Begrüßungstelegramm übermittelt wird.

Vertreten sind der Zentralvorstand durch den Gen. Müller (Berlin), die hessische Landespartei durch Gen. Orb (Darmstadt), die hessisch-nassauische Organisation durch Rudolf (Frankfurt a. M.).

Die

Tagesordnung

wird wie folgt akzeptiert:

1. Bericht des Landesvorstandes:
   a) Die Tätigkeit des Landesvorstandes.
   b) Die Reichstagswahlen.
   c) Die Presse.
   Referent: Parteisekretär Emil Eichhorn-Karlsruhe.
2. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.
   Referent: Adolf Geck-Offenburg.
3. Reform des Gemeindewahlrechts.
   Referent: Wilhelm Kolb-Karlsruhe.
4. Kreistag und Kreistagswahlen.
   Referent: Georg Pfeiffle-Mannheim.
5. Der Internationale Kongreß.
6. Anträge, welche unter vorstehenden Punkten keine Erledigung fanden.
7. Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag, Wahl der Revisoren usw.

Die Geschäftsführung der früheren Parteitage wird gutgeheißen.

In die Mandatsprüfungskommission werden Droll (Freiburg), Griesbach (Bruchsal) und Seifert (Weinheim) gewählt.

Zum 1. Punkt: Bericht des Landesvorstandes, liegen folgende Anträge vor:

Organisation.

1. Mitgliedschaft Schopfheim:

Der Parteitag wolle beschließen, das Parteisekretariat baldmöglichst nach dem Oberland zu verlegen.

2. Mitgliedschaft Mannheim:

Das Parteisekretariat wird einer Neuorganisation unterworfen.

3. Mitgliedschaft Freiburg:

Der 5. badische Wahlkreis Freiburg stellt zum Parteitag folgende Anträge:

1. Der Sitz des Landesvorstandes ist von Karlsruhe nach Mannheim zu verlegen.
2. Zur Betreibung der Agitation und zur Förderung der Organisation werden zwei Sekretäre bestellt und zwar der eine mit Sitz in Heidelberg, der andere mit dem Sitz in Freiburg.

Die Sekretäre dürfen Kandidaturen für den Reichstag und Landtag nur mit Zustimmung des Landesparteitages annehmen.

4. Die Sekretäre erhalten ein Anfangsgehalt von 2000 Mark. Bei Agitation außerhalb des Wohnsitzes wird ein Tagegeld von 8 Mark bezahlt. Die Anstellung der Sekretäre erfolgt durch den Landesvorstand nach Anhörung der in Betracht kommenden Kreisvorsitzenden.
5. Bei zukünftigen Wahlen sind Doppelmandate für Reichs- und Landtag zu vermeiden.

4. Kreiswahlverein des 4. bad. Reichstagswahlkreises:

Der Parteitag wolle beschließen: Den Vorsitzenden der Wahlkreisvereine ist eine Remuneration aus Mitteln der Landeskasse alljährlich zu gewähren. Die Remuneration ist nach Leistung zu bemessen.

5. Mitgliedschaft Schopfheim:

Der Parteitag soll die Erhöhung des Beitrages von 25 Pf. auf 30 Pf. für das ganze Land beschließen.

6. Mitgliedschaft Durlach:

Um es den Genossinnen in materieller Beziehung zu ermöglichen, sich der politischen Organisation anzugliedern, beschließt der Parteitag, einen Monatsbeitrag nicht über 15 Pf. für weibliche Mitglieder einzuführen.

7. Kreisverein für den 4. bad. Reichstagswahlkreis:

In § 13 des Statuts der Landesorganisation einzufügen:

e) Die Vorsitzenden der Wahlkreisvereine.

Die Kosten der Vertretung der Wahlkreisvereine auf dem Parteitag sind aus der Landeskasse zu bestreiten.

8. Mitgliedschaft Mannheim:

Der § 13 des bad. Parteistatuts, in dem Absatz: Zum Parteitag können entsenden, erhält folgende Fassung:

Mitgliedschaften bis 50 Mitglieder	1	Delegierten,	
„ von 50—100 Mitgl.	2	Delegierte,	
„ „ 100—200 „	3	„	
„ „ 200—350 „	4	„	
„ „ 350—500 „	5	„	

Für jedes weitere angefangene 500 kann ein weiterer Delegierter gewählt werden.

Agitation.

9. Mitgliedschaft Hornberg:

Der Parteitag möge dafür sorgen, daß an den Orten, wo neben bürgerlichen Gesang- und Sportvereinen auch solche Vereine unserer Richtung existieren, es den betr. Genossen zur Pflicht gemacht wird, nur den freien Vereinigungen anzugehören.

10. Mitgliedschaft Radolfzell:

Der Hauptvorstand möge der Landagitation mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Abgeordneten sollen nach Schluß der Reichs- und Landtagssession in allen Orten, wo Lokale aufzutreiben sind, Bericht ihrer Tätigkeit erstatten.

Zusatz-Antrag:

Es ist eine Kommission zu wählen, welche die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß die Berichterstattung der Reichs- und Landtagsabgeordneten in ein Flugblatt zusammengefaßt wird, um dasselbe an allen Orten zu verbreiten.

11. Mitgliedschaft Hornberg:

Jährlich mindestens zweimal in denjenigen Orten des Landes, wo sozialdemokratische Vereine bestehen und einmal in denen, wo die Sozialdemokratie schon erheblich Stimmen erhalten hat, Versammlungen zu veranstalten, damit die Aufklärung des Volkes in die Ideen der Sozialdemokratie und jetzt schon brennenden Fragen (Frauenfrage, Religion 2c.) durch gewandte Redner systematisch betrieben wird.

Im ganzen Lande, hauptsächlich da, wo keine Versammlungen stattgefunden haben, periodisch Schriftchen in Form von Heftchen zu verteilen, worin obige Punkte 2c. populär dargestellt sind. Die Kosten in der Gesamtheit übernimmt die Landeskasse.

Der Beitrag wird zu diesem Zweck um 5 Pf. erhöht, welche der Landeskasse zugeführt werden.

12. Mitgliedschaft Donaueschingen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft bei der Agitation der Schwarzwald mehr berücksichtigt wird, insbesondere dadurch, daß kleinere Touren veranstaltet werden, wobei die Wünsche der Genossen auf geeignete Tage Berücksichtigung finden können.

13. Mitgliedschaft Rastatt:

Agitationsflugschriften, welche für die Landbevölkerung bestimmt sind, sollen womöglich nur im Winterhalbjahr zur Verbreitung kommen. Zu empfehlen sind die Monate März und November.

14. Mitgliedschaft St. Georgen:

Der Parteitag möge beschließen, daß sofort in die Agitation betreffs Aufnahme in den badischen Staatsverband eingetreten werde, als Vorarbeit für die nächsten Landtagswahlen.

15. Mitgliedschaft Ettlingen:

Bei Einbringung eines Gesetzentwurfes, welcher in seiner Wirkung schädigend für die Masse des Volkes ist, eine Flugschrift im ganzen Lande zu verbreiten, deren Inhalt in ziemlich ausführlicher Weise die Licht- und Schattenseiten dieses Gesetzes behandelt, und die Stellung unserer Partei hierzu.

Ferner: Nach der eventuellen Annahme eines solchen volksschädigenden Gesetzes nochmals ein Flugblatt zu verbreiten, welches die Umstände kennzeichnet, unter welchen dieses Gesetz zustande kam. Hieran anschließend in allen Orten Versammlungen mit diesem Thema.

•

Gen. Eichhorn verweist auf den gedruckten Bericht und ergänzt ihn in längeren Ausführungen. Mit der Agitation können wir zufrieden sein. Zur Ausführung derselben sind, besonders für das platte Land, Frühjahr und Herbst am besten geeignet. Das Experiment, die Vortragstouren mit einheimischen Rednern zu besetzen, hat sich glänzend bewährt. Nach Reichstagsschluß müssen wir wieder eine größere Agitationstour ins Werk setzen, in der Hauptsache durch die parteigenössischen Mitglieder des Reichstages. Der Reichstag wird bestimmt am 17. Mai geschlossen. Die Herausgabe des Agitationskalenders muß fortgesetzt werden. Er wird zum Bedürfnis in der Agitation und soll an entlegenen Orten Presse und Versammlung ersetzen. Gute Dienste haben auch die uns vom Parteivorstand gelieferten Agitationsbroschüren geleistet. Die Erwerbung der Staatsangehörigkeit muß in die Wege geleitet werden als Vorbereitung für die nächsten Landtagswahlen. Weiter muß auf die Ausarbeitung eines festen Agitationsplanes seitens der einzelnen Kreise hingearbeitet werden. Eine Anzahl Kreise haben Agitationspläne eingesandt. Die Kosten für ihre Ausführung sind allerdings ziemlich hoch, nämlich ungefähr 4000 Mk., die aber von der Landeskasse zu leisten wären. Insgesamt sind für Agitation rund 10 000 Mk. im Jahre 1907/08 aufzuwenden. Die Schaffung eines Agrarprogramms wurde angeregt; ob sie ausgeführt werden kann, will Redner stark bezweifeln. Ebenso, ob ein spezielles Agrarprogramm für die sozialdemokratische Partei notwendig ist.

Bei der Organisation liege die Schwierigkeit darin, neugegründete Vereine zu halten. Man bemerkt immer wieder, daß die einheimischen Arbeiter am schwersten für die Organisation zu gewinnen sind. Die Form der Abrechnung läßt recht viel zu wünschen übrig. Da muß Wandel geschaffen werden. Redner erörtert im einzelnen, wie das zu bewerkstelligen ist.

Die Gemeinde-Vertreter-Statistik gibt ein recht erfreuliches Bild. Die Zahl der Gemeindevertreter zu vermehren und ihre kommunalpolitische Aufklärung zu stärken, ist Aufgabe aller Partei-Organisationen. Es darf nicht vorkommen, daß sozialdemokratische Gemeinde-Vertreter nicht einmal die Parteipresse lesen. Zu empfehlen seien Gemeinde-Vertreter-Konferenzen für kleinere Distrikte. Ebenso sollte vielleicht 1908 eine allgemeine Gemeinde-Vertreterkonferenz für Baden stattfinden. Nicht Parade-Referate sollen dabei gehalten werden, sondern die sogenannten kleineren Fragen sollen besprochen werden. Das versprochene Kommunalprogramm wird erst später herausgegeben werden.

Eichhorn äußert sich sodann über die einzelnen Anträge; man möge sie in der Hauptsache dem Landesvorstand überweisen. Die Anträge 7 und 8 sind für den Landesvorstand unannehmbar. Anträge 5 und 6 finden die volle Billigung des Landesvorstandes. Wir müssen die Beiträge auf mindestens 30 Pf. pro Monat festsetzen. Gegen Antrag 4 muß sich der Landesvorstand wenden. Die Anträge 1, 2 und 3 bittet der Landesvorstand abzulehnen. Die Schaffung zweier Sekretariate bedeutet Dezentralisation, und das ist nicht von Vorteil. Die Kosten sind fast unmöglich aufzubringen. Es können auch nicht zwei Körperschaften als Landesvorstand fungieren. Genosse Eichhorn erklärt von seinem Posten zurücktreten zu wollen.

Nachzutragen wäre noch der uns von Frankfurt a. M. gemachte Vorschlag eines einheitlichen Mitgliedsbuches.

Wir haben in Baden bei der Reichstagwahl gut abgeschnitten, müssen aber gegenüber der Agitation des Reichslügenverbandes auf der Hut sein. Auch müssen wir sehen, die Kosten zu verringern. Unsere Wahlkosten sind von 29 000 Mk. im Jahre 1903 auf 43 000 Mk. im

---

Mutterfreuden.

Roman von H. Salamon.

23. (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Interessant war für Friedel, den ganzen Organismus des deutschen Armeekörpers mit eigenen Augen beobachten zu können. Ruhrs entging seinem scharfen, verständigen Blicke und so konnte er sich aus eigener Anschauung so manche häßliche Begleiterscheinung des ganzen Drillsystems erklären. Namentlich sammelte er mit der Zeit sehr interessantes Material über die, auch in seiner Batterie häufig vorkommenden Mißhandlungen seitens der Vorgesetzten, wenngleich sich dieselben lange nicht in dem Maßstabe häuften, wie in den anderen Linienregimentern.

So war es namentlich der Sergeant Künzel, der sich öfter an den Mannschaften tätlich vergriff. Einen kleinen Rippenstoß erhielt wohl jeder einmal bei dem kleinsten Versehen, darüber wunderte sich auch kein Mensch mehr, das war man schon bald gewöhnt. Wenn der Herr Sergeant am Sonntag von seiner Braut geärgert worden war, was sehr häufig vorkam, dann ließ er seine schlechte Laune am Montag darauf an den Leuten in ausgiebigster Weise aus. So manche Ohrfeige sauste mit mehr oder weniger heftiger Gewalt auf seine auserlesenen Opfer herab. Er nannte das „kameradschaftliche Beteuerungen".

Sobald er auf diese Weise seinen Aerger aber losgeworden war, blieb er tagsüber der prächtigste Vorgesetzte, den man sich denken konnte; er konnte dann sogar gemütlich werden.

Freilich nach all und jedermanns Geschmack war diese Verhandlung nun gerade nicht. Wiederholt hatte schon einer der Mißhandelten mitunter gedroht, dem Hauptmann davon Mitteilung zu machen. Aber schließlich wurde es doch unterlassen, weil ein jeder wußte, daß für ihn selbst nicht viel dabei herauskam.

12.

Das Osterfest rückte, von vielen Soldaten heiß ersehnt, immer näher heran. Während den neuen Rekruten nur ausnahmsweise Urlaub zum Feste erteilt wurde, erhielt dafür der zweite Jahrgang solchen schon in größerem Umfange. Röder hatte seinen Freund gebeten, beim Sergeanten einmal vorsichtig zu sondieren, ob er auf Urlaub Aussicht haben könne. Der hatte ihm aber sofort abgeraten, ein diesbezügliches Gesuch zu stellen, da der Hauptmann schon dem Sergeanten gegenüber erklärt hätte, daß von dem neuen Jahrgang niemand auf Urlaub oder höchstens auf drei Tage rechnen könne.

So verzichtete Röder von vornherein darauf seine Braut zu Ostern besuchen zu können. Fast jeden Tag erwartete er jetzt bestimmte Nachricht zu erhalten, daß seine Berta Mutter geworden sei. Namentlich beunruhigte ihn der Umstand, daß sie in keinem ihrer letzten Briefe des Bauern erwähnte, trotzdem er doch annehmen mußte, daß dieser sie bei der nun wohl nicht mehr zu verheimlichenden Tatsache vom Hofe jagen würde.

Seinem Freunde Friedel gegenüber, vor dem er auch nicht das kleinste Geheimnis hatte, schüttete er eines Sonntagnachmittags wieder sein übervolles Herz aus. Es war der letzte Sonntag vor Ostern.

Als sie die Tore der Stadt hinter sich hatten, lenkten sie ihre Schritte in das naheliegende Gehölz. Mild und weich lagerte eine würzige feuchte Luft über dem emporkeimenden Wald. Der einziehende Frühling zeigte sich heute in seiner ganzen aufjauchzenden Pracht. Kein Lüftchen bewegte die emporstrebenden harzreichen Knospen. Dem Erdboden entströmte jener warme duftende Hauch, den nur der wahre Naturfreund voll und ganz empfindet.

Auch die beiden dahinwandernden Freunde fühlten die ganze Frühlingsluft, die hier um sie herum jeder Baum, jeder Strauch, ja jede Knospe ausatmete. Mit wahrer Begierde sogen sie diese lebenspendenden sonnigen Luftstrahlen ein, um sich ganz dem Zauber des sprossenden Waldes hinzugeben.

Als sie tiefer in den feuchten Wald hineindrangen, entdeckten sie bald hier und da die ersten Frühlingskinder; die so sinnig erscheinende Schlüsselblume. Nach kurzer Zeit emsigen Suchens hielt jeder von ihnen ein kleines Sträußchen dieser lieblichen Osterblumen in der Hand.

Sinnend und schweigsam schritten die beiden lange Zeit auf dem sumpfigen Boden dahin, jeder seinen eigenen Gedanken nachhängend, bis Friedel die Stille mit der Frage an seinen Freund unterbrach:

„Nun, Ernst, woran denkst du denn? Bist ja heute so einsilbig."

„Kannst du mirs wohl verdenken, Karl? Wenn ich hier um mich her die frohlockende erwachende Natur erblicke und daheim mein armes Lieb sich in Schmerzen windet, um, wie es so schön im Volksmunde heißt, Mutterfreuden entgegenzugehen? Und der Vater weilt viele, viele Meilen in einem anderen Lande. Sage selbst Karl, könnte man da nicht wütend werden?"

„Gewiß, mein Junge," erwiderte Friedel. „Wenn man dein heißes Temperament besitzt, könnte man dabei rasend werden. Aber du weißt, ich mit meiner, wie du immer sagst, stoischen Ruhe, würde mich nicht so den quälenden Gedanken hingeben, wie du es tust."

„Darin bist du wirklich ein beneidenswerter Mensch, Karl. Ich möchte, ich besäße nur das halbe Phlegma von dir, dann wäre ich bedeutend besser daran. Aber niemand kann aus seiner Haut heraus."

Friedel schob nun seinen Arm durch den seines Freundes und versuchte, ihn auf andere Gedanken zu bringen. „Sag mal Ernst, hast du deiner Berta, oder ich kann wohl sagen, unserer Berta, unsere gemeinsame Photographie geschickt mit dem allerschönsten Gruß von mir?"

„Gewiß," nickte Röder. „Sie muß dieselbe schon vor vier Wochen erhalten haben."

„Und hast noch keine Antwort wieder?" fragte Friedel.

„Nein. Nur einige flüchtige Zeilen. Eben deshalb mutmaße ich, daß ihre Zeit herangekommen ist. Es würde überhaupt, meiner Berechnung nach, wohl so ziemlich hinkommen."

„Nun, vielleicht zieht sichs noch acht Tage hin, dann würde es ja ein richtiger Osterhase werden," scherzte Friedel.

„Oder auch eine Häsin," lachte nun Röder belustigt.

„Du verstehst es doch ausgezeichnet, die Leute immer auf andere Gedanken zu bringen. — Uebrigens, da fällt mir ein, daß du gern ein Bild von meiner Berta haben wolltest. Ich hab ihr deinen Wunsch letzthin mitgeteilt und da meinte sie, daß du dich nur noch etwas gedulden möchtest, denn in kurzem würde sie hoffentlich auch imstande sein, ebenfalls eine Doppelphotographie zu schicken."

„Deine Berta muß wirklich ein Prachtmädel sein!" rief Friedel lachend aus. „Wenn ich mir sie zwar auch schon so ungefähr im Geiste vorstellen kann, so bin ich doch wirklich neugierig geworden. Nun, jedenfalls wirst du wohl keinen schlechten Geschmack haben." Dabei klopfte er seinem Freunde etwas derb auf die Schulter.

„Au! Donnerwetter, Karl!" rief Röder zusammenzuckend aus. „Da hast du gerade auf eine Stelle geklopft, wo ich sehr empfindlich bin."

„Nanu," fragte Friedel verwundert. „Seit wann bist du denn empfindlich?"

„Ach, das ist noch vom letzten Montag her," sagte Röder. „Da hat mir der verdammte Künzel mit seiner Faust eins beim Exerzieren versetzt, daß ich heute noch den Schmerz verspüre, sobald jemand an diese Stelle kommt. Das Puffen scheint dieser Kerl noch extra gelernt zu haben, so schnell und wuchtig hat er das raus."

„Ja, mit dem ist schlecht Kirschen essen," lachte Friedel. „Wenn er so seine Zeit hat, dann gibts manchen Knuff ab. Das nennt er kameradschaftliche Erziehung."

Aber dann plötzlich ernst werdend, fuhr er fort:

„Weißt du, mitunter ist es mir doch bei diesem Puffen und Knuffen sehr verwunderlich, daß das alles immer noch so glatt abgeht. Es kann doch auch einmal passieren, daß solchen Gemißhandelten die Galle überläuft und er Gleiches mit Gleichem vergeltet."

„Fast wäre es bald so gekommen, als ich von ihm diesen Stoß erhielt. Mir kochte das Blut in den Adern und es hätte nicht viel gefehlt, dann hätte ich ihn mit einem Faustschlag zu Boden gestreckt. Nur der Gedanke an mein Lieb hielt mich noch diesmal davon ab. Ich will nur hoffen, daß er es nicht noch einmal wagt!"

Friedel nickte bei diesem ingrimmigen Ausbruch einer verhaltenen Kränkung mehreremal mit dem Kopfe; dann sagte er:

„Es wär das freilich ein Unglück für dich und deine Berta. Weißt du denn nicht, wie furchtbar schwer so etwas bestraft wird?"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Jahre 1907 gestiegen. Der Schlepperdienst muß besser ausgestaltet werden.

Bezüglich der Presse ist folgendes zu bemerken: Die Volksstimme konnte nicht in Parteibesitz überführt werden, weil die beteiligten Genossen ihre Zustimmung nicht gaben. Das Offenburger Volksblatt hat bei der Gründung nicht ohne weiteres die Zustimmung des Landesvorstandes gefunden. Er hat den beteiligten Kreisen die Verantwortung überlassen. Das Offenburger Blatt hält sich aber gut; seine Redaktion ist anzuerkennen, nicht uneingeschränkt die der Lörracher Arbeiterzeitung. Die Abonnenten des Volksfreund sind gestiegen, aber die Einnahmen befriedigen nicht, speziell nicht für die Inserate. Der Plan, denselben 8seitig erscheinen zu lassen, ist nicht realisierbar. Man muß zunächst eine 6seitige Erscheinungsweise anstreben. Da der Parteivorstand die Kosten des Ausbaues nicht tragen kann, müssen die Gelder in Baden aufgebracht werden. Die Gründung von Kopfblättern in Pforzheim, Freiburg und Heidelberg ist zu beraten.

*

Die Anträge 1, 2, 2a (Schlußsätze bez. Errichtung eines Parteisekretariats in Heidelberg, Antrag 18) 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10 ohne Zusatzantrag, 11 ohne Passus 3; 12, 13, 14, 15 ohne Absatz 2, 16, 17, 17a, 17b sind genügend unterstützt, nicht unterstützt die Anträge 4 und 18 (wegen Unzuständigkeit des Parteitages). Akzeptiert wird ein Antrag Willi (Karlsruhe) als Ergänzung zu Antrag 5: Es ist ein Wochenbeitrag von 10 Pf. für die größeren Mitgliedschaften festzusetzen.

Diskussion.

Pfeiffle (Mannheim): Der Bericht des 12. Wahlkreises ist wegen Krankheit des Vorsitzenden nicht im Bericht zu finden. In diesem Kreis sind 66 Gemeinde-Vertreter vorhanden. Der Antrag Heidelberg ist zu akzeptieren. Die Tätigkeit des neuen Sekretärs hätte sich auf den 12. und 14. Kreis zu erstrecken. Der Ansicht des Landesvorstandes kann ich nicht zustimmen. Die Sekretärstellen soll man sich denken wie die sogen. Gauleiter der Gewerkschaften. Die Ergebnisse bei der Reichstagswahl sind nicht so glänzend; auf dem platten Lande haben unsere Stimmen nicht zugenommen, wie es nötig ist. Die Hauptzunahme an Stimmen haben die großstädtischen Wahlkreise geliefert. Im 14. Kreis ist ein Erfolg so gut wie ausgeblieben, ebenso in Heidelberg. Das Agrarprogramm würde uns nützen.

Schäfer (Mannheim): Als Revisor darf ich sagen, daß die Abrechnung nicht üblich ist, so, wie sie der Landesvorstand gegeben. Sie gibt kein klares Bild. Redner berichtigt einzelne Posten und beantragt, Decharge zu erteilen.

Kolb (Karlsruhe): Der Antrag 9 ist abzulehnen; eine Menge von Streitigkeiten würde dadurch entstehen, ebenso ist Antrag 10 abzulehnen, da er taktisch nicht durchführbar ist. Die Aufgabe eines Parteisekretärs kann ein Genosse, der 2 Mandate hat, nicht erfüllen. Ich bin für die Anstellung zweier Sekretäre, wir müssen das Beispiel der Gewerkschaften nachahmen. In Karlsruhe brauchen wir den Landessekretär nicht. Wir müssen ein Agrarprogramm schaffen, wenn wir vorwärts kommen wollen. Nur dadurch kann man auf dem Lande Anhänger für uns gewinnen. Besonders im Oberlande könnte dadurch vieles geleistet werden.

Willi (Karlsruhe): Von der Rednerschule sollte man sich nicht soviel versprechen. Man gebe den befähigten Genossen genügend Agitationsmaterial in die Hand. Das Handbuch für die Landtagswähler ist zu begrüßen, ebenso der Kommentar zum Gemeindewahlprogramm. Man ersieht erst dadurch die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Landtage und in den Gemeinden. Die Bedürfnisse der bäuerlichen Bevölkerung können wir nicht sämtlich durch ein Agrarprogramm befriedigen. Ich bin für den Antrag 2, aber gegen Antrag 8. Der letztere ist ohne Beitragserhöhung nicht durchführbar. Der Sitz des Sekretärs sollte nicht von Karlsruhe weggelegt werden. Der Sekretär muß mit den verschiedenen Körperschaften Fühlung haben. Ich bitte ferner um Annahme meines Antrages, die Wochenbeiträge auf 10 Pf. festzusetzen.

Parteisekretär **Müller** (Berlin): Der Parteivorstand ist zufrieden mit der Anerkennung, die ihm vom Landesvorstand in Baden gespendet worden ist. Wir sind überzeugt, daß Baden noch länger Zuschüsse benötigt; die ihm gern gewährt werden. An die Zentralkasse werden seit der letzten Wahl große Anforderungen gestellt. Sie können nicht alle befriedigt werden. Große Kosten verursacht uns die Parteikorrespondenz. Im Herbst wird ein 2. Kursus der Rednerschule veranstaltet werden. Der Parteivorstand hat den Beschluß gefaßt, aus Mitteln der Zentralkasse Sekretäre künftig nicht mehr anzustellen; nur in dringenden Fällen wird davon Ausnahme gemacht. Für einen weiteren Sekretär in Baden kann der Parteivorstand keine Mittel zur Verfügung stellen. Die Beiträge müssen eben erhöht werden, wie es die Gewerkschaften auch machen. Unsere Gegner sind uns darin mit gutem Beispiel vorangegangen. Die Abonnenten der Kommunalen Praxis müssen steigen. Genosse Eichhorn hat ganz Außerordentliches geleistet. Der Bericht ist mustergiltig. Die Mitarbeit der Genossen muß aber größer sein. Der Geist der Opferwilligkeit muß besser gepflegt werden.

Schäfer (Wilferdingen): Es muß mit den Kreisvereinen abgerechnet werden. Genosse Eichhorn hat Uebermenschliches geleistet. Das Geld für den 2. Sekretär ist nicht aufzubringen.

König (Knielingen): Wir brauchen ein Agrarprogramm, sonst ist unsere Agitation auf dem Lande zwecklos. Baden braucht als Land des Kleinbauerntums ein solches Programm dringend. Es muß eine Kommission eingesetzt werden, um dem nächsten Parteitag ein Agrarprogramm vorzulegen.

Engler (Freiburg): Man kann auch an Wochentagen Versammlungen abhalten; man darf nur darauf hinarbeiten. Die Abrechnungen sollten vierteljährlich im Volksfreund gegeben werden. Das Agrarprogramm ist nötig, sonst werden wir auf dem Lande kein Machtfaktor. Die Kleinbauern kommen schon zu uns. Wir können in Baden sehr gut zwei Agitatoren brauchen. Eine Kommissionsberatung schafft vielleicht Klarheit. Jedes Sekretariat kostet uns etwa 4500 Mk. Man braucht nur in den größeren Mitgliedschaften 5 Pf. für die Parteisekretäre aufzubringen. Die Mittel sind also aufzubringen. In zwei Jahren werden wir sehen, daß die Anstellung sich rentiert. Es ist nicht die Arbeit im Parteisekretariat geleistet worden, die man verlangen muß. Ich bitte, den Antrag 3 anzunehmen. Redner begründet ihn im einzelnen.

Sauer (Karlsruhe): Ich bin dafür, daß die badische Partei den zweiten Sekretär aus erhöhten Beiträgen bezahlt. Die Sekretäre sollte man räumlich nicht trennen, sie sollten in einem Orte und in einem Bureau sitzen. Dann erst können sie etwas leisten. Wir brauchen auch für den 9. und 10. Kreis besondere Sekretäre. Es muß auch auf die gewerkschaftliche Organisation der Parteivorsitzenden und Gemeinde-Vertreter hingearbeitet werden.

Breitenfeld (Lörrach): Ein Agrarprogramm liegt mit dem Kommunalprogramm zusammen. Beide würden uns gute Dienste leisten. Von den Bauern wird immer gesagt: Was bietet ihr uns? Diesem Mißstand müssen wir abhelfen. Das Sekretariat läßt zu wünschen übrig, aber 2 Sekretäre brauchen wir nicht. Sie würden sich selbst Schwierigkeiten machen. Eichhorn hat genug geleistet. Ich bedaure, daß der Antrag Lörrach nicht unterstützt wurde.

Müller (Schopfheim): Die Mitgliedschaften müßten die Berichte des Landesvorstandes erhalten. Alle Vierteljahre müßten die Mitglieder über die restierenden Mitglieder unterrichtet werden. Die Parteikorrespondenz haben wir erst in den letzten Tagen erhalten. Die jüngeren Parteigenossen müßten mehr belehrendes Material erhalten. Die Kreisvertrauensleute sind überlastet; sie müssen auch eine kleine Entschädigung erhalten. Nehmen Sie den Antrag 1 an. Wir brauchen den Parteisekretär im Oberland. Nur dann erzielen wir Erfolge. Die Gegner arbeiten mit allen Mitteln, ihnen müssen wir mit unserer Agitation die Spitze brechen.

Gaugel (Waldshut): Wir brauchen ein Agrarprogramm; die ländlichen Kreise können sonst nicht bearbeitet werden. Es fehlen die rednerischen Kräfte, die den Bauern unser Programm mundgerecht machen. Ich bin nicht für zwei Sekretäre, aber die Anstellung eines Agitators im Oberland ist dringend nötig. Ein einheitliches Mitgliedsbuch wäre von Vorteil. Der Parteivorstand muß da helfend eingreifen. Die Ausbildung der Redner sollte durch den Landesvorstand geführt werden durch Zuweisung geeigneten Materials.

Es ist folgender Antrag Süßkind eingelaufen:

Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand, baldmöglichst zwei Sekretäre in Baden anzustellen. Ueber die Geschäftseinteilung und den eventuellen Sitz der Sekretäre entscheidet der Landesvorstand nach Anhörung der Kreisvereinsvorstände.

Ein Schlußantrag ist eingegangen und wird von **Martloff** (Baden) befürwortet, von Dr. **Frank** (Mannheim) bekämpft. Er wird abgelehnt.

Zumtobel (Hausen): Die Kreisvorstände können nicht mehr leisten. Sie müssen unbedingt eine kleine Entschädigung erhalten. Wir verlangen die Lieferung von Parteikorrespondenzen in größerer Anzahl. Die kleineren Mitgliedschaften müssen mehr berücksichtigt werden. Bei einer Anfrage an den Landesvorstand wegen taktischen Verhaltens bei der Gemeinderatswahl haben wir keine Antwort erhalten. Das dient nicht zur Aufmunterung.

Süßkind (Mannheim): In der Frage der Parteisekretäre müssen die Kreisvorsitzenden gehört werden in Verbindung mit dem Parteivorstand. Im Oberland muß unbedingt ein Sekretär angestellt werden.

Maier (Mannheim): Bezüglich der Rednerschulen stehe er auf dem Standpunkt des Genossen Willi. Im 11. Wahlkreis hat man mit Kursen begonnen, in welchen Genossen vorgebildet werden sollen. Bezüglich des Agrarprogramms pflichtet Redner Kolb bei. Es fehlt uns etwas, um auf dem Lande erfolgreich arbeiten zu können. Im 11. Kreis ist alle Vierteljahr eine Gemeinde-Vertreter-Konferenz. Die Auskunftsstelle für Gemeinde-Angelegenheiten hat sich bewährt. Vertreter kleinerer Orte können sich hier bequem und rasch Rat holen. Die Zentralisation in der Organisation muß durchgeführt werden. Redner begründet im folgenden den Antrag Mannheim bezüglich der Vertretung auf dem Parteitag. Die Mannheimer wollten gegen das Parteisekretariat kein Mißtrauensvotum ausstellen. Deshalb die jetzige Fassung des bezüglichen Antrages. In Mannheim besteht ein besonderes Sekretariat, sodaß das Landessekretariat für dort überflüssig erscheint. Wenn Beitragserhöhung verlangt wird, so kann auch eine entsprechende Leistung verlangt werden, die bisher nach Ansicht der Mannheimer Genossen nicht vorliegt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von **Grahl** (Triberg) begründet, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Eichhorn (Schlußwort): Man faßt die Aufgabe des Parteisekretärs falsch auf. Er kann nicht, wie Engler meint, 200 Tage im Jahr draußen sein. Dagegen hat er in Verbindung mit dem Landesvorstand Anregungen zu geben, vorwärts zu treiben. Und hier, glaube er, seine Pflicht getan zu haben. Es war unmöglich, auch die Parteikorrespondenz den Kreisvorsitzenden zuzusenden. Bis heute wartet aber der Parteivorstand noch auf eine Anzahl Adressen der letzteren. Damit erledigen sich eine große Anzahl von Beschwerden der Genossen. Die Diskussion über seine Tätigkeit war erfreulicherweise eine sachliche. Der Standpunkt des Genossen Willi in der Sekretärfrage sei auch sein eigener. Die Zentralstelle müsse beibehalten werden. Sollen 2 Sekretäre angestellt werden, so müssen diese unter allen Umständen zusammenarbeiten können. Die Durchführung der Idee der einheitlichen Mitgliedsbücher ist dem Landesvorstand zu überweisen. Der Volkskalender sollte auch für das Jahr 1908 herausgegeben werden, ebenso sollten die Erläuterungen zum Kommunalprogramm in Form einer Broschüre den Genossen zugestellt werden können. Das Abonnement der Kommunalen Praxis für unsere Gemeinde-Vertreter und die Herausgabe eines Handbuches für Landtagswähler ist anzustreben. Die Kreisvorsitzenden müssen in engerer Fühlung mit dem Landesvorstand bleiben, nicht so lange auf Antwort warten lassen. Abgeändert sollte die Bestimmung werden, welche die Revisionen der Landeskasse und der Parteiverlage vorsieht. Unter letzteren kommt eigentlich nur der Volksfreund in Betracht, die andern Organe sind Eigentum der betr. örtlichen Mitgliedschaften und haben ihre eigene Revision. Der Landesvorstand stellt deshalb folgenden Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen, dem § 11 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Die Mitgliedschaft am Sitze des Landesvorstandes wählt jedes Jahr nach dem badischen Parteitag 3 Revisoren, welche Kasse und Bücher des Landesvorstandes zu prüfen haben. Für die Abrechnung der Landeskasse sollte mit Rücksicht auf die Restbeträge der Mitgliedschaften nicht am 31. Dezember, sondern am 31. Januar Schluß gemacht werden.

Er bittet die Revisoren, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen.

Engler stellt darauf den Antrag, das Rechnungsjahr mit dem 31. Januar abzuschließen.

Levy bemerkt zur Geschäftsordnung, er sei Gegner dieses Antrages.

Frank verlangt Zurückstellung dieses Antrages des Landesvorstandes bis zur Erledigung des Punktes „Presse".

Ein Antrag auf Entlastung des Landesvorstandes wird einstimmig angenommen. Engler zieht den Freiburger Antrag zugunsten des Antrags Süßkind u. Gen. zurück.

Der letzte Absatz des Antrags 18, Beitragsleistung zu dem zu gründenden Heidelberger Sekretariat wird zurückgezogen.

Der Antrag 5 (Schopfheim), Erhöhung der Beiträge auf 30 Pf., wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die Resolution Willi u. Gen.

Angenommen wird ferner der Antrag 6, abgelehnt die Anträge 7 und 8.

Die Anträge des Landesvorstandes auf Herausgabe eines Volkskalenders für 1908, Erläuterungen zum Kommunalprogramm, die als Broschüre zum Selbstkostenpreis an die Organisationen abgegeben werden, und die Herstellung eines Handbuchs für Landtagswähler, werden angenommen, ebenso der Antrag Süßkind u. Gen., die Anstellung zweier Sekretäre betr.

Die Anträge betr. Organisation werden dem Landesvorstand überwiesen.

Es folgt der Punkt:

Presse.

Die Anträge zur Presse lauten:

16. Mitgliedschaft Triberg:

Sofern das Kapital zu der notwendigen Erweiterung bezw. Vervollkommnung der Volksfreund-Druckerei von einzelnen Freunden der Partei oder der Parteikasse in Berlin nicht zu erhalten ist, so ist das Geschäft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umzuwandeln. Der Betrag für die Geschäftsanteile ist möglichst nieder zu bemessen, damit es der großen Masse der Parteigenossen ermöglicht wird, Geschäftsanteile zu erwerben.

17. Mitgliedschaft Singen a. H.:

Der Parteitag wird ersucht, dahin zu wirken, daß vom 1. Juli d. J. ab der Volksfreund sechsseitig und vom 1. Januar 1908 ab achtseitig erscheint.

17a. Kreisverein des 9. bad. Reichstagswahlkreises:

Die Generalversammlung des Sozialdemokr. Wahlvereins für den 9. badischen Reichstagswahlkreis Pforzheim-Durlach rc. schließt sich dem Antrag der Pforzheimer Parteiorganisation, die Gründung eines Kopfblattes des Volksfreundes für Pforzheim und Umgebung baldmöglichst in die Wege zu leiten, an, und erwartet, daß der badische Parteitag in Freiburg die Möglichkeit dieses Unternehmens gewährleistet, indem er beschließt, daß die hierzu notwendigen Maschinen rc. alsbald bestellt werden.

17b. Mitgliedschaft Pforzheim:

Die Versammlung des Sozialdemokr. Vereins Pforzheim schließt sich der auf der Konferenz des 9. bad. Wahlkreisvereins beschlossenen Resolution an und verpflichtet die Pforzheimer Delegierten, auf dem Freiburger Parteitag dahin zu wirken, daß eine Ausgestaltung des Volksfreund in die Wege geleitet wird, welche die Gründung eines Kopfblattes des Volksfreund für Pforzheim und Umgebung ermöglicht.

Zu Punkt Presse erstattet **Geck** (Karlsruhe) den Bericht über den Volksfreund. Die Entwicklung des Abonnentenstandes war eine gute, nicht so das finanzielle Ergebnis. Die Ursache liegt in dem schlechten Inseratengeschäft, wie solches bei wenig anderen Parteiblättern in Erscheinung treten dürfte. Trotz der Anstellung eines Inseratensammlers konnte hier keine Besserung erzielt werden. Die Zunahme der Abonnenten bringt dem Volksfreund in finanzieller Beziehung nicht viel, weil die Versandtkosten und allgemeinen Unkosten unverhältnismäßig dabei steigen. Die Prozesse haben sich gegen den Schluß des Jahres 1906 sehr vermehrt und werden uns gleichfalls erhebliche Kosten verursachen. Die Korrespondenten sollten sich größerer Vorsicht befleißigen. Eine Vergrößerung auf 8 Seiten ist nicht möglich, dagegen ist das 6seitige Erscheinen durchzuführen, wenn der Preis des Volksfreund von 70 auf 75 Pf. pro Monat erhöht wird. Die Kopfblätter für Freiburg und Pforzheim bedürfen eingehender Erwägung.

Bezüglich der Anträge bitte ich, Anträge 16 und 17 abzulehnen, dagegen anzunehmen 17a und 17b.

Kolb (Karlsruhe): Die Berichterstattung über die Landtagstätigkeit ist verbessert worden, dagegen läßt die Reichstagsberichterstattung zu wünschen übrig, da wir auf die gegnerischen Blätter angewiesen sind. Das zu errichtende Preßbureau wird hier Abhilfe schaffen. Die Korrespondenzen nehmen zu, wir können sie kaum bewältigen. Die Vergrößerung ist dringend notwendig.

Schwall (Karlsruhe) hat keinerlei Beschwerden der Preßkommission vorzubringen.

Gen. **Schäfer** berichtet über den Stand des Revisionsbefundes der Geschäftsleitung. Die Abrechnung ist für richtig befunden worden.

Hierauf wird die Sitzung um 10 Uhr abgebrochen; sie soll morgen um 8 Uhr fortgesetzt werden.

*

Sonntag früh beginnt die Diskussion über die Presse.

Korn (Singen): Die Geschäftsleitung des Volksfreund sollte positive Vorschläge machen zur finanziellen Bessergestaltung des Organs. Eine Vergrößerung würde die Möglichkeit schaffen, den einzelnen Orten inbezug auf Korrespondenzen gerecht zu werden. Der Antrag Singen sei anzunehmen.

Gaugel (Waldshut) befürwortet gleichfalls die Vergrößerung des Volksfreunds und warnt vor Gründung von Wochenblättern. Bei Anschaffung einer neuen Rotationsmaschine sollen die neuesten Erscheinungen auf dem Markte berücksichtigt werden.

Sigmund (Karlsruhe): Der Volksfreund braucht eine Maschine, die mindestens 2000 Stück per Stunde liefert. Der Redaktion sollte nicht so große Schwierigkeit von den Korrespondenten gemacht werden. Das Inseratengeschäft der Mannheimer Volksstimme ist ein besseres. Karlsruhe ist eben eine Beamtenstadt. Der Gen. Geck ist überlastet. Da muß Remedur eintreten. Da Kreditmittel nicht da sind, kann die 8seitige Erscheinungsweise nicht durchgeführt werden.

Flohr (Durlach): In dem Maße, wie der Raum wächst, steigen auch die Ansprüche der Leser. Das zu gründende Preßbureau wird bez. der Reichstagsberichterstattung Abhilfe schaffen. Ich empfehle dringend die Annahme des Antrages 17a. Man soll in seinen Ansprüchen an den Volksfreund auch nicht zu weit gehen. Eine Erhöhung des Abonnementspreises ist schwierig; vielleicht läßt sich mit einigen Blättern bürgerlicher Richtung ein bez. Abkommen treffen.

Breitenfeld (Lörrach): Ich will eine Ehrenrettung der Lörracher Arbeiterzeitung vornehmen. Wir haben große Schwierigkeiten zu überwinden, da die Redaktionsarbeiten im Nebenamte verrichtet werden.

Faaß (Pforzheim): Ich empfehle Annahme der Anträge 17a und 17b. Wir glauben mit einem Kopfblatt vorwärts zu kommen; im letzten Vierteljahr sind wir bezüglich der Abonnentenzahl stark in die Höhe gegangen. Das zu gründende Kopfblatt könnte auch die Württemberger Orte der Goldwarenbranche mehr berücksichtigen. Es würde zweifellos die finanzielle Besserung des Volksfreund zur Folge haben. Für unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Pforzheim ist das Blatt Lebensbedingung.

Müller (Berlin): Ueber den Inhalt des Lörracher Wochenblattes kann der Parteivorstand kein Urteil abgeben, weil er noch nie Gelegenheit zur Einsichtnahme bekam. Der Abonnentenstand des Volksfreund sollte eigentlich einen gesunden Stand des Geschäftes gewährleisten. Die Idee der Kopfblätter ist immerhin ein Fortschritt und deren Verwirklichung nicht schwierig. Größere deutsche Parteiblätter haben gute Erfahrungen damit gemacht. Gewarnt muß werden, daß man aus Konkurrenzrücksichten gegen die bürgerlichen Lokalblätter einen niedrigen Abonnementspreis festsetzt. Die gewerkschaftlich Organisierten können leicht zu Abonnenten gemacht werden. Abzuraten ist von der Idee der Umwandlung des Geschäfts in eine Genossenschaft m. b. H. Ein Parteipreßbureau ist möglich, wenn die zahlungsfähigen Blätter zur Unterhaltung herangezogen werden können. Letztere sollten ohnehin mehr als seither zur Stärkung der Parteikassen beitragen.

Stockinger (Pforzheim): Das Format des Blattes ist zu groß, um öfter Beilagen zu ermöglichen. Wir sind durch den Platzmangel nicht in der Lage, die Interessen unsers abgeschlossenen Wirtschaftsbetriebs genügend vertreten zu können. Das ist bei der letzten Reichstagswahl in Erscheinung getreten. Den Redakteuren ist mehr Zeit zu lassen, damit sie sich mehr ihrer Zeitung widmen können.

Engler (Freiburg): Für die Realisierung der Vergrößerungsanträge ist eine Grundlage zu schaffen nötig. Statt einer Genossenschaftsgründung empfehle er den gutsituierten Wahlvereinen eine gewisse finanzielle Garantie zu übernehmen. Der Pforzheimer Kopfblattgründung stehe er sympathisch gegenüber. Der Landesvorstand muß sich um die Geschäftsleitung des Volksfreund mehr kümmern. Es fehlt offenbar an Personal, um die kaufmännischen Geschäfte richtig zu versehen.

Kolb: Gegen die Redaktionsführung sind keine Beschwerden geführt worden. Die Korrespondenten könnten sich manchen Aerger sparen, wenn sie in der Auswahl ihres Themas wählerischer wären. Das Lörracher Blatt könnte bedeutend besser sein und müßte auch bei gutem Willen groß gemacht werden können. Kopfblätter müssen gegründet werden, jedoch müssen die Voraussetzungen vorhanden sein; die Redaktion hat sich stets Mühe gegeben, das Blatt möglichst originell zu gestalten, viel eigene Arbeit zu bringen und die Schere wenig zu benützen.

Eichhorn: Die Vorwürfe gegen den Landesvorstand, er habe gegenüber der Geschäftsleitung des Volksfreund seine Pflicht verletzt, sind durchaus unzutreffend. Zwei Drittel aller Sitzungen des Landesvorstandes galten dem Volksfreund. Es ist eine Reorganisation der Geschäftsleitung längst in die Wege geleitet.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß drei Schlußanträge eingelaufen sind. Der Schluß der Diskussion wird durch eine große Mehrheit des Parteitages herbeigeführt.

Rösch (Lörrach) erhält unter Zustimmung des Parteitages das Wort: Wenn der Landesvorstand 25 000 Mk. zur Verfügung stellt, sind wir imstande, allen Wünschen gerecht zu werden, und die Klagen gegen unser Lörracher Blatt werden alle verstummen.

Geck (Schlußwort): Der Antrag auf Gründung einer Genossenschaft ist abzulehnen. Für den Antrag Singen, die Vergrößerung betr., sind erst die Grundlagen zu schaffen. Dagegen sind die Pforzheimer Anträge anzunehmen.

Weißmann (Karlsruhe): Schlußwort für die Redaktion: Die finanzielle Seite der Debatte hat mich nicht befriedigt. Der Vertreter des deutschen Parteivorstandes hat sich sehr zugeknöpft gezeigt. Eine Kommission des Parteitages müsse sich einige Stunden mit dieser Frage beschäftigen. Zu begrüßen ist die Erkenntnis der Parteigenossen, daß den Redakteuren mehr Zeit zum Studium gelassen werden solle. Die Vermehrung der Zahl der Mitarbeiter hat sich sehr gut bewährt.

Schäfer (Schlußwort der Revisoren): Er habe es für seine Aufgabe gehalten, den Revisionsbericht so zu geben, wie es nötig gewesen sei. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages des Landesvorstandes, die Revision der Geschäftsleitung des Volksfreund durch örtliche Revisoren und den Landesvorstand vornehmen zu lassen, ebenso wird dem Landesvorstand überwiesen Antrag 17, 17a und 17b.

Damit ist der Punkt erledigt.

Die Oeffentlichkeit wird nunmehr hergestellt.

*

Der Vorsitzende gibt ein Begrüßungstelegramm von Genossen in der Lungenheilstätte Nordrach bekannt.

Seifert (Weinheim) erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Demnach sind anwesend aus 73 Orten 107 Delegierte, der Landesvorstand mit 4, die Preßkommission mit 1 Vertreter, 4 Vertreter der Presse, der Vertreter des deutschen Parteivorstandes Gen. Müller, Gen. Orb für die hessische, Gen. Rudolf für die hessisch-nassauische Partei-Organisation, sowie Gen. Peirotes (Straßburg) für die dortige Organisation.

Es folgt die Diskussion über den Punkt Reichstagswahlen.

Gen. **Rotzler** (Steinen) beschwert sich über die Wahlkreisleitung des 4. Kreises wegen ihrer Haltung bei der Reichstags-Stichwahl, da man die ausgegebene Wahlparole nicht befolgt, vielmehr für das Zentrum eingetreten sei.

Der Gen. **Rösch** verteidigt seine Haltung, Gen. Engler verurteilt das Vorkommnis. Die Haltung Rösch's war eine Disziplinlosigkeit. Der Landesvorstand hätte das rügen müssen. **Breitenfeld** (Lörrach): Die Kreisleitung hat mit der Sache nichts zu tun; sie steht rein da. — **Eichhorn**: Das Wahlkomitee hat die Wahlparole ausgegeben, und sie mußte auch von Lörrach gehalten werden. Ich habe auch festzustellen, daß mit der Zentrumspartei bei der Reichstagswahl keinerlei geheime Abmachungen getroffen worden sind. Die Handlungsweise des Gen. Rösch ist entschieden zu verurteilen. Der Landesvorstand verdient in dieser Sache keinen Vorwurf. **Kolb**: Die Haltung von Rösch ist nicht in Schutz zu nehmen. Er hat die Disziplin gebrochen.

Damit ist die Angelegenheit erledigt. Es folgen persönliche Bemerkungen von Engler, Eichhorn, Rotzler, Rösch.

*

2. Punkt: Die Tätigkeit der sozialdemokr. Landtagsfraktion. Dazu liegen folgende Anträge vor:

19. Mitgliedschaft Rastatt:

Die Landtagsfraktion wird ersucht, im Landtage dahin zu wirken, daß die nicht gesetzlichen Feiertage auf einen Sonntag verlegt werden. Nichtgesetzliche Feiertage sind voll zu bezahlen.

19a. Mitgliedschaft Untergrombach:

Die sozialdemokratischen Abgeordneten wollen beantragen, daß Kontrollpflichtige, die nicht am Orte der Kontrollversammlung wohnen und dahin mit der Eisenbahn fahren müssen, Militärfahrkarten erhalten, da die Leute an diesem Tage doch auch unter dem Militärgesetze stehen.

20. Mitgliedschaft Rastatt:

Die Landtagsfraktion wird ersucht, im Landtag dahin zu wirken, daß die Bestimmung über Abgabe von Pflichtexemplaren bei Flugblattverbreitungen an die Bürgermeister aufgehoben wird.

Der Referent, Gen. **Ad. Geck**, verweist auf den gedruckten Bericht, die Berichterstattung der Parteiblätter über den Landtag muß noch besser werden. Unsere Tätigkeit ist wieder Beweis gegen die Behauptung, wir seien nicht positiv tätig. Wir haben in fast alle Arbeitsgebiete des Landtags eingegriffen und uns auch nicht an den Vorwurf gekehrt, daß unsere zahlreichen Reden die Session verlängert hätten. Um alle Geschäfte richtig zu erledigen, wäre sogar eine Nachsession erforderlich gewesen. Den Beanstandungen der auf ungesetzlichem Wege zustande gekommenen Wahlen haben wir mit Ausnahme einer zugestimmt. Auch haben wir alles getan um der Revision der Gehaltsverhältnisse der Beamten und Arbeiter freie Bahn zu schaffen. In der Frage der Anlehenspolitik war die Meinung der Genossen geteilt. Aufs schärfste bekämpft wurde die Stellung der badischen Regierung zur Reichspolitik, speziell zur Steuerpolitik. Das Hinabgleiten Badens zum Vasallenstaat Preußens wurde mit allen Mitteln von der Fraktion zu verhindern gesucht. Der Optimismus in Bezug auf die „liberalen Vorzüge" schwindet mehr und mehr. Der Ausgestaltung des Schulwesens nahm sich die

Fraktion auf das eindringlichste an. Auf dem Gebiet der materiellen Besserung der Lehrer ist es gelungen, Erfolge zu erzielen. Zu bedauern ist aber, daß es nicht gelang, sie in den Gehaltstarif Klasse G b aufzunehmen. In der Frage der Trennung von Staat und Kirche betätigte sich die Fraktion sowohl theoretisch als praktisch. Die bürgerlichen Parteien wollten hierzu nicht Farbe bekennen. Bei der Abstimmung über die Aufhebung des sogen. Kanzelparagraphen hat die Fraktion für Aufhebung des Paragraphen gestimmt und damit die Tradition der Partei gewahrt. Die Petitionen sind von uns geprüft und fast ausschließlich von uns befürwortet worden. Ueberhaupt hat die Fraktion eine Unmenge Anregungen gegeben, die leider sich nicht zu Erfolgen verdichtet haben.

Was die Anträge anlangt, so rennt der Antrag 20 offene Türen ein, diese Materie ist im letzten Landtage nicht erledigt worden. Die beiden anderen Anträge wolle man der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen. (Beifall.)

Ein Antrag, das Referat über das Gemeindewahlrecht mit dem 2. Punkt zu verbinden, wird abgelehnt.

Die vorgelegten Anträge 19, 19a, 20 werden nicht genügend unterstützt, dagegen Absatz 5 des Freiburger Antrags: Bei zukünftigen Wahlen sind Doppelmandate für Reichs- und Landtag zu vermeiden.

Es folgt die Diskussion.

Dr. Frank (Mannheim): Das Stichwahlbündnis hat dem diesmaligen Landtag die große Bedeutung verschafft, die er erlangt hat. Das Bündnis war für die badische Sozialdemokratie ein großer Erfolg. Das „Zünglein an der Wage" hat sich besonders bei der Landwirtschaftskammer bewährt. Wir mußten die Landwirtschaftskammer retten. Der ausgeschiedene Minister Schenkel war der befähigtste Mann des badischen Staatsministeriums. Er war aber einer der widerspruchsvollsten Staatsmänner. Heute pries er die Arbeiterbewegung, morgen warf er ihr Knüppel zwischen die Beine. Genau so widerspruchsvoll war sein Verhalten bei der Einführung von Schiffahrtsabgaben. Von einer bestimmten politischen Richtung des Ministeriums Schenkel konnte man überhaupt nicht reden. Die bisherige innere Politik hat Grundsätze überhaupt nicht gehabt. Das neue Ministerium wird jedenfalls ein Beamtenministerium sein, das seine politischen Direktiven aus Berlin holt.

Schwall (Karlsruhe): Die Fraktion hat inbezug auf die Eisenbahnarbeiter ihre Schuldigkeit getan. Wir haben zwar mit allen Parteien Fühlung gehabt, aber die nationalliberale Partei hat ihr uns gegebenes Wort nicht gehalten. Die Frage der freien Aerztewahl hat der Landtag recht widerspruchsvoll behandelt. Die Affäre mit der badischen Fabrikinspektion muß in der nächsten Tagung des Landtages behandelt werden. Die Eisenbahnarbeiter werden auch künftig ihre hauptsächlichste Stütze in der sozialdemokr. Landtagsfraktion haben. Wir stehen dem neuen Finanzministerium sehr skeptisch gegenüber; man wird in der Gehaltsfrage sehr zurückhaltend sein.

Kolb (Karlsruhe): Haben wir nicht mehr Erfolge aufzuweisen, dann sind daran die bürgerlichen Parteien schuld. Die Nationalliberalen haben in der Kammer die Konsequenzen des Stichwahlbündnisses nicht gezogen. Sie haben versagt. Das Zentrum hat dadurch Oberwasser bekommen. Bei der Eisenbahntarifreform tragen die Nationalliberalen die Schuld, daß wir diese „Reform" bekommen haben. Aehnlich stand es in der Schulfrage. Die Finanzpolitik ist ihrer Ausführung nach für die Sozialdemokratie eine Zweckmäßigkeitsfrage. Ich stehe auf dem Standpunkt der sogen. Oberbürgermeisterpolitik. Das neue Ministerium bedeutet eine Entwicklung nach rechts.

Flohr (Durlach): Die Tätigkeit der Landtagsfraktion hat die volle Billigung der Arbeiterschaft gefunden. Die Schulfrage erfuhr eine eingehende Behandlung. Der Hofgang des Gen. Geck hat unnötigerweise viel Staub aufgewirbelt. Die Doppelmandate sind nicht zu billigen.

Eichhorn (Karlsruhe): Der Bericht des Gen. Geck hat mich befriedigt. Bei der Frage der Landwirtschaftskammer ist dem Zentrum zu viel Ehre angetan worden. Es hat nur aus Parteirücksichten dagegen gestimmt, da es die Mehrheit in der Landwirtschaftskammer haben wollte.

Engler begründet den Antrag, Doppelmandate zu vermeiden.

In persönlicher Bemerkung erklärt Dr. Frank, er habe das Zentrum in der Sache der Landwirtschaftskammer nicht falsch beurteilt. — Im Schlußwort wendet sich Groll gegen den Antrag der Freiburger Genossen. Er bittet, den Antrag abzulehnen.

*

Nachmittagssitzung.

Der Antrag betr. Doppelmandate soll zur Abstimmung gebracht werden.

Lehmann (Mannheim): Der Antrag ist ungenügend diskutiert, er sollte für dieses Jahr zurückgezogen werden. — Der Vorsitzende Geck schließt sich dem an.

Grumbach (Freiburg) wünscht Zurückstellung der Abstimmung bis nach dem Referat Kolbs.

Es erfolgt Beratung über den Punkt: Revision des Gemeindewahlrechts.

Referent ist Kolb (Karlsruhe). Ueber die Notwendigkeit der Reform sind die Parteien sich einig. Nicht aber über den zu betretenden Weg. Der bürgerliche Liberalismus hat nicht vermocht, in der Frage der Gemeindeordnung seine politische Mission zu erfüllen. 1831 kam die erste Gemeindeordnung in Baden. Das Wahlrecht stand beim Gemeindebürgerrecht, es war eben nicht plutokratisch wie heute; jede der drei Klassen hatte das gleiche Recht. Die ersten Wahlen unter diesem Gesetz fielen auch sehr freiheitlich aus. Die Regierung brachte daher bereits im kommenden Jahr 1837 dann die plutokratische Einteilung der Wählerklassen. Der Besitz bekam damit das Uebergewicht. Dies verschwand nur für kurze Zeit während der Revolutionszeit 1848, in der Reaktionszeit kamen noch weitere Verschlechterungen, die der Reaktion den vollen Sieg brachten. 187[illegible] erst wurden Verbesserungen vorgenommen. Die Wahlen wurden als geheim erklärt, die Sechsteilung vorgenommen 2c. Die Städteordnung brachte sodann die Beseitigung der Bürgergemeinde zu Gunsten der Einwohnergemeinde. Zu dieser Verbesserung kam jedoch wieder die Zwölfteilung.

Einige Jahre später, 1882, kam die Aenderung, welche den heutigen Zustand schuf. In den 90er Jahren bestätigten die Nationalliberalen die direkte Bürgermeisterwahl, indem sie den Bürgerausschuß und Gemeinderat als Wahlkörper einsetzten. Der heute bestehende Zustand ist unhaltbar. Der Stadtrat hat es in der Hand, seine Anträge und Vorlagen durchzudrücken. Der Bürgermeister führt den Vorsitz, statt daß ein Mitglied des Bürgerausschusses diesem vorsteht. Was vor allem fallen muß, ist das ungerechte Wahlrecht. Verschiedene Anträge im Landtag suchten diesen Zustand zu ändern. Die Nationalliberalen lehnten jedoch alle Vorschläge zur Reform hohnlachend ab, weil sie den Ast nicht absägen wollten, auf dem sie sitzen. Die sozialdemokratische Fraktion reichte 1908 und auf dem letzten Landtag Abänderungsvorschläge ein, ebenso das Zentrum. Während wir eine gründlichere Reform wollen, geht das Zentrum jedoch nur bis zur Sechsteilung. Dieser Antrag ist zu bekämpfen, weil er darauf abzielt, unsere Position in der Gemeinde-Vertretung zu schwächen.

Ein positives Resultat hat auch der letzte Landtag nicht gezeitigt. Wieder waren es die Nationalliberalen, die alles daran setzten, die notwendige Reform zu hintertreiben. In der Kommission wurde der Zentrumsantrag nach Ablehnung unseres Antrags angenommen. Die bürgerlichen Parteien stellten sich auf den Standpunkt, daß auf den Rathäusern die politischen Fragen keine Rolle spielen. Dies trifft durchaus nicht zu. Ebenso die Argumentation, daß dem größeren Besitz größerer Einfluß zugestanden werden müsse. Tatsache ist doch, daß Steuern und Umlagen auf die Schultern der breiten Masse abgewälzt werden. Die 3. Wählerklasse hat keine Möglichkeit, sich in der Stadtverwaltung und im Stadtverordneten-Vorstand Vertretung und Einfluß zu verschaffen.

Ein klassisches Beispiel bieten die Vorgänge in Karlsruhe. Brutaler wurde noch nie die Vertretung der III. Klasse vergewaltigt, als jüngst bei der Ersatzwahl eines ausgeschiedenen Bürgerausschußmitglieds die sozialdemokratische Fraktion von den Nationalliberalen. (Lebhafte Zustimmung.) Angesichts solcher Vorgänge haben wir alles daran zu setzen, das heutige ungerechte System zu brechen. Wir müssen eine allgemeine große Aktion im Lande inszenieren. Das badische Volk wird dann mitgerissen werden. Die Forderung nach der Reform der Städte- und Gemeindeordnung darf nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. In der Gemeinde sind große Aufgaben zu erfüllen und das Proletariat muß den ihm gebührenden Einfluß dabei gewinnen. Redner schließt sein mit Beifall aufgenommenes Referat mit der Empfehlung der Annahme folgender Resolution:

Der Parteitag beschließt: Der Landesvorstand wird beauftragt, alsbald eine sich über das ganze Land erstreckende Agitation gegen die jetzt bestehende Gemeinde- und Städte-Ordnung und für die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auf der Grundlage des Proportionalwahlsystems in die Wege zu leiten. Mit der Forderung der Aenderung des bestehenden Wahlrechts soll gleichzeitig die der Reform der Gemeindeverfassung in der Richtung verbunden werden, daß die Wahl der Bürgermeister, der Gemeinde- und Stadträte auf der Grundlage desselben Wahlrechts erfolgt. Ferner, daß der Bürgerausschuß die beschließende, der Stadtrat die beratende und ausführende Behörde ist.

Der Bürgerausschuß soll durch dessen Vorstand geleitet und berufen werden. Zur Einleitung der Agitation soll in tunlichster Bälde ein entsprechendes Flugblatt im ganzen Lande zur Verbreitung kommen.

In der Diskussion bemerkt **Brüstle** (Rheinau): In unserer Gemeindeordnung seien die Rechte der größeren Mehrheit der Einwohnerschaft nicht gewahrt. Der frühere Beschluß eines Parteitages auf Durchführung einer umfassenden Gemeindevertreter-Statistik sei durchzuführen. Verlangt muß werden, daß die Vertreter organisiert sind. Die Kommunale Praxis erfüllt ihre Aufgabe nicht völlig. Ein Führer durch die Gemeindeordnung sei durch den Parteivorstand herauszugeben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte gelangt einstimmig zur Annahme. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die Resolution Willi als Amendement zur Resolution Kolb gedacht wird. Die Abstimmung bringt die einstimmige Annahme der letzteren. Das Amendement lautet:

Der Fraktion wird der Auftrag erteilt, für die nächste Landtags-Session einen diesbezüglichen Antrag vorzubereiten.

Das Referat des Genossen **Pfeiffle**: Kreistag und Kreistagswahlen wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ueber den Internationalen Kongreß referiert Genosse **Eichhorn**: Da auf Baden 5 Delegierte entfallen, schlägt der Landesvorstand vor, 2 Delegierte auf dem Parteitag zu wählen, die anderen 8 haben die Wahlkreise Mannheim, Pforzheim und Karlsruhe zu stellen.

Kolb plädiert für die Wahl der 5 Delegierten durch den Parteitag, **Pfeiffle** tritt dafür ein, nur 2 Delegierte zu wählen. **Engler** ist für den Vorschlag des Landesvorstandes. Der Landesvorstandsantrag wird angenommen. Die Wahl findet per Zettel statt. Aus der Wahl gehen hervor: Ad. Geck und Emil Eichhorn. Der Antrag Freiburg, Doppelmandate betr., wird abgelehnt.

Süßkind begründet einen Antrag: Der Parteitag beschließt, es ist durch den bad. Parteivorstand in allerkürzester Zeit eine Kommission zu bilden, welche Mittel und Wege zu suchen hat, um die notwendigen Gelder zu beschaffen, die für die gewünschte Ausgestaltung des Volksfreund notwendig sind. Dieser Kommission sollen angehören: der Landesvorstand, die bad. Reichstagsabgeordneten, die Vorsitzenden der Wahlkreisvereine 1 bis 10, ein Vertreter von Pforzheim, die Geschäftsleitung und Redakteure des Volksfreund.

Mit diesem Antrag wird ein Zusatzantrag Frank verbunden, der wünscht, daß die Sitzung dieser Kommission mit der nächsten Tagung des Kreisvorsitzenden verbunden wird.

Willi-Karlsruhe ist gegen diesen Antrag, weil die Kommission zu umfangreich und deren Tagung zu teuer wird.

Levy und **Frank** erklären sich lebhaft dafür, gleichfalls **Eichhorn**, der bemerkt, daß der Landesvorstand bestimmte Anträge zur Regelung in petto hat.

Der Antrag **Süßkind** wird einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag Süßkind, Abänderung des abgelehnten Antrags 8, lautet:

Der § 13 des bad. Parteistatuts erhält folgende Fassung:

Es entsenden Delegierte:

Mitgliedschaften	bis 50 Mitglieder	1	Del.
„	von 50 bis 100 Mitgl.	2	„
„	„ 100 „ 200 „	3	„
„	„ 200 „ 350 „	4	„
„	„ 350 „ 500 „	5	„

Für je 750 weitere Mitglieder kann ein Delegierter gewählt werden.

Dr. **Frank** spricht für den Mannheimer Antrag und betont, daß er keine Majorisierung der kleineren Vereine involviere. Der Antrag ist eine Notwendigkeit. **Engler** (Freiburg) tritt für den Antrag ein, er ist billig und gerecht. **Flohr** (Durlach) ist gegen den Antrag — der Antrag wird angenommen.

Ein weiterer Antrag: der Schluß der Abrechnung ist auf den 31. Januar festzusetzen, wird angenommen.

7. **Bestimmung des Ortes für den nächstjährigen Parteitag.** Es liegt vor Antrag 21: Mitgliedschaft St. Georgen: Der Parteitag möge beschließen, daß Offenburg wieder als Parteitagsort bestimmt würde. Ferner Antrag 22: Mitgliedschaft Furtwangen: Der Parteitag wolle beschließen, den bad. Parteitag jeweils über Ostern in Offenburg abzuhalten. Beschlossen wird, der nächste Parteitag findet in Offenburg statt. Der Antrag Furtwangen wird abgelehnt.

Ein Antrag Freiburg lautet: Der Sitz des Landesvorstandes ist von Karlsruhe nach Mannheim zu verlegen. Engler (Freiburg) begründet ihn, Sauer (Karlsruhe) und Breitenfeld (Lörrach) sprechen gegen ihn. Die Abstimmung ergibt, daß der Sitz des Landesvorstandes in Karlsruhe bleibt.

Ein anderer Antrag, bezüglich der Revisoren es bei dem bisherigen Modus zu belassen, wird angenommen.

— — — — — — — — — — —

Die Tagesordnung ist erschöpft; Genosse Ad. Geck schließt um 3/4 5 Uhr nach einem kurzen Rückblick auf die geleistete Arbeit mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie den Freiburger Parteitag.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin, 27. April 1907.**

(40. Sitzung.)

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 9 20 Uhr.

Am Bundesratstisch Staatssekretär Krätke.

Die Etatsberatung wird beim **Etat des Reichspostamts** fortgesetzt.

Abg. **Drescher** (kons.) führt aus, das finanzielle Ergebnis des neuen Postetats sei ein glänzendes. Der Ueberschuß betrage über 82 Millionen. Das sei eine Steigerung von 26,4 Prozent gegen das Vorjahr. Die Mehreinnahmen aus dem Porto betragen 4,8 Prozent, aus den Telegraphengebühren 8,05 Prozent, aus den Fernsprechgebühren 15,6 Prozent. Wenn auch seine Partei keine Herabsetzung des Ortsportos wünsche, so wäre doch eine Herabsetzung der Fernsprechgebühren auf dem platten Lande zu begrüßen. In der Vermehrung der unteren Beamtenstellen zeige sich ein sozialer Zug, der freudig zu begrüßen sei. Die im Etat für 1907 vorgesehene Gehaltsaufbesserung sei außerordentlich karg. Anerkannt werden müsse, daß die Postverwaltung bemüht sei, die Dienstzeit der mittleren und unteren Beamten möglichst herabzumindern.

Der Resolution Ablaß, auf 1½fache Vergütung des Dienstes nach 8 Uhr abends und des Dienstes an Sonn- und Feiertagen, schließe sich seine Partei an. Der andern freisinnigen Resolution, die gänzliche Umgestaltung der Beamtenlaufbahn betreffend, vermöge er nicht zuzustimmen. Die sogenannten gehobenen Stellen für die unteren Beamten müssen beseitigt werden, um der Unzufriedenheit von Grund aus zu begegnen. Die Gehälter der oberen Beamten seien zum Schaden des ganzen Beamtentums erheblich zurückgeblieben gegenüber den Einkommen der Privatbeamtenstellen. Dringend verbesserungsbedürftig sei die Lage der Beamtinnen, besonders der Telephonistinnen. Der Resolution der Budgetkommission, die eine Gehaltsaufbesserung für die mittleren und unteren Beamten vorsehe, stimme seine Partei zu.

Abg. **Kaempf** (frs. Volksp.) begrüßte den Beschluß des letzten Weltpostvereinkongresses, der eine Herabsetzung des internationalen Portos und eine Heraufsetzung der Briefgewichtsgrenze von 15 auf 20 Gramm vorsieht. England habe das Pennyporto. Wenn man für unsere Kolonien ebenfalls das ermäßigte Porto habe, dann sollte es auch im übrigen internationalen und überseeischen Verkehr möglich sein. Man sollte den Inlandverkehr auch auf die Nachbarländer ausdehnen, wie es z. B. gegenüber Oesterreich der Fall ist. Der Redner tritt dann für Einführung eines Postscheckweisens für Private ein.

Staatssekretär **Krätke** spricht seine Freude aus über die Stellung der Liberalen in Fragen des Postscheckverkehrs. Bezüglich einer Ermäßigung des internationalen Briefportos teile er den Standpunkt Kaempfs.

Abg. **Gamp** (Reichsp.) wünscht Vorlegung eines Postsparkassengesetzes; ungerechtfertigt hohe Telephongebühren auf dem Lande müssen beseitigt werden. Seine Partei beantrage die Ostmarkenzulage auch für die Postbeamten. Um wenigstens etwas zu erreichen, werde seine Partei für den freisinnigen Antrag stimmen. Der Redner tritt dann für Aufbesserung namentlich der Landbriefträger ein.

Frhr. **v. Stengel**: Die Ostmarkenzulage sei von der Regierung nicht mehr in den Etat eingestellt worden, weil sie in den Jahren 1904/1905 vom Reichstag abgelehnt wurde.

Abg. **Hamecher** (Ztr.) spricht sich gegen eine Herabsetzung der internationalen Postgebühren aus, befürwortet dann die Resolution Hompeich betreffend die Erleichterung der Telephoneinrichtung und Benutzung in kleinen Ortschaften und stimmt der Resolution Ablaß zu. Der Redner bringt eine Reihe von Einzelwünschen der Postbeamten, namentlich bezüglich der Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses. Die Eingriffe der Post in politische Dinge müßten streng verurteilt werden. So bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Bevorzugung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Dahin gehört auch die Wahlbeeinflussung durch die Behörden. Das Verbot der Koalitionsfreiheit für Beamte müsse schleunigst aufgehoben werden.

Duffner (Zentr.) begründet die Resolution betr. Erleichterung der Telephoneinrichtung in kleinen Orten und tritt für Gehaltsaufbesserung der Postbeamtinnen und Telephonistinnen ein. Hoffentlich werden die Beamten diesmal nicht wieder mit wohlwollenden Erklärungen abgespeist.

Montag: Weiterberatung; Börsengesetz.

Badische Politik.

Zum Rücktritt Schenkels

wird der Neuen Züricher Zeitung, die oft zuverlässige Informationen über Vorgänge in badischen Regierungskreisen erhält, geschrieben:

„Was den Rücktritt Schenkels veranlaßt hat, mag, wie versichert wird, ursprünglich auf finanzpolitischem Gebiete liegen, indem Schenkel im Gegensatz zu dem Finanzminister Honsell zur Anlehenspolitik neigte und eine ausgiebige Aufbesserung der Beamtengehälter anstrebte; indes sind es, wie behauptet werden kann, vor allem einige Zwischenfälle, die Schenkel im Gegensatz zum Staatsminister von Dusch brachten und ersteren schließlich zum Verzicht veranlaßten: hauptsächlich der Fall Geck, gegen dessen Haftnahme Schenkel sich aussprach, während von Dusch sie billigte ... Nachträglich kann ich noch mitteilen, daß Dr. Schenkels Rücktrittsgesuch schon Mitte Februar dem Großherzog vorlag und von diesem grundsätzlich genehmigt war. Schenkel führte die Geschäfte bis jetzt nur in Rücksicht auf den erkrankten Kollegen von Dusch weiter. Schenkels Stellung war seit dem Wahlkampfe zum Landtag 1905 erschüttert, da man in Preußen, folglich auch in Karlsruhe, allerhöchsterseits über das Zustandekommen des Blocks sehr verschnupft war. Der Minister erhielt von jener Zeit an von maßgebender Seite äußerst zarte Winke, die ihn aber nicht im Ungewissen über die Stimmung ließen, der er schließlich Mitte Februar Rechnung trug. Die Ernennung seines Nachfolgers entspricht einer Schwenkung nach rechts und sehr wahrscheinlich stehen wir noch nicht am Ende der Krise."

Daß Schenkel am Hofe nie persona gratissima war, ist bekannt.

Die Nationalliberalen treiben wieder Vogelstraußpolitik, indem sie die Schwenkung nach rechts, die sich beim Ministerwechsel vollzogen hat, nicht bemerken wollen. Wie der Frankf. Ztg. berichtet wird, soll Herr v. Dusch amtsmüde sein. Als künftiger Ministerpräsident soll Herr Honsell in Aussicht genommen sein, der dem künftigen Kurs das Gepräge zu geben habe."

Aus der Partei.

Der Parteitag

Eine arbeitsreiche Tagung haben die Vertreter der badischen Sozialdemokratie hinter sich. Der Freiburger Parteitag hat mit gewissenhafter Hingebung das ihm übertragene Arbeitspensum erledigt. Er hat am Samstag bis in den späten Abend hinein getagt und am Sonntag bereits um 8 Uhr morgens seine Arbeit wieder aufgenommen. Viele Anregungen wurden gegeben und recht beachtenswerte Vorschläge gemacht, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Darüber darf man sich allerdings keiner Täuschung hingeben: Die Ausführung der dem Landesvorstand überwiesenen Aufträge ist mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden. Das gilt insbesondere bezüglich der Anstellung von 2 Sekretären und der Durchführung der Reorganisation des Volksfreund. Vielleicht hätte der Parteitag gut getan, schon während seiner Tagung eine Kommission mit den nötigen Vorarbeiten zu betrauen. Denn diese beiden Punkte: Neuorganisation des Parteisekretariats und Vergrößerung des Volksfreund sollten dem diesmaligen Parteitag das Gepräge aufdrücken.

Auf recht hohem Niveau stand die Behandlung der Tätigkeit der Landtagsfraktion. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Parteigenossen draußen im Lande die geleistete Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion durchaus anerkannten.

Wenn sich im Anschluß an das Referat über die Revision des Gemeindewahlrechts eine größere Parteiaktion angliedern würde, könnte man die Massen mehr wie bisher für die notwendige Reform der badischen Gemeinde- und Städteordnung interessieren. Leider konnte der Parteitag aus Mangel an Zeit sich in keine größere Diskussion einlassen. Demselben Umstand ist zuzuschreiben, daß das Referat des Gen. Pfeiffle (Mannheim) über den Kreistag und die Kreistagswahlen von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte, da viele Delegierte mit den Abendzügen Freiburg wieder verlassen mußten.

Alles in allem: Werden die mannigfachen Beschlüsse des Freiburger Parteitages in die Tat umgesetzt, dann kann die badische Sozialdemokratie im Jahre 1908 in Offenburg auf ein fruchtbares Jahr zurückblicken. — Die Freiburger Parteigenossen hatten den Parteitag einfach, aber zweckentsprechend arrangiert. Daß sie von der Abhaltung von Festlichkeiten abgesehen haben, war nur zu begrüßen. Nach anstrengender Tagung fügt man sich nicht gern in den Zwang des Besuches von Festlichkeiten.

Maifeier.

Offenburg, 28. April. An dieser Stelle machen wir nochmals die Gewerkschafts- und Parteigenossen auf das Programm der diesjährigen Maifeier aufmerksam und erwarten von der hiesigen Arbeiterschaft eine zahlreiche Beteiligung. (Siehe Inserat).

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Triberg, 26. April. Die erste Verhandlung mit den hiesigen Maler- und Glasermeistern verlief resultatlos. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß es zum Streik kommt, ist Zuzug fernzuhalten.

Konstanz, 27. April. Die Malergehilfen stehen in einer Lohnbewegung. Zuzug ist streng fernzuhalten, da die Meister in keine Unterhandlungen eintreten wollen.

Badische Chronik.

Oos, 29. April. Im Reiche Stolzenberg gab es einen ganz plötzlichen Ministersturz. Direktor Gladitz wurde Knall und Fall entlassen. Es ging also etwas vor, man weiß aber nur noch nicht recht was, und so durchschwirren die sonderbarsten Gerüchte den hiesigen Platz. Die Arbeiter werden dem Scharfmacher Gladitz keine Träne nachweinen. Wir kommen auf den Fall noch zurück.

* **Triberg**, 26. April. Der bisherige langjährige Vorstand des Nationalliberalen Vereins, Herr Hotelier Bieringer, ist zurückgetreten. An seine Stelle wurde Herr Hotelier Roxinger gewählt. Die angebliche „Arbeitsüberlastung" des ersteren dürfte nicht der wahre Grund des Rücktritts sein. Der „Liberale Volksverein", welcher hier geboren werden soll, dürfte mit dazu beigetragen haben.

* **Villingen**, 29. April. Gewerbe- und Industrieausstellung. Lebhaftes Treiben herrscht jetzt auf dem Ausstellungsplatz. Die Zimmermannsarbeiten zur großen Industriehalle sind nahezu beendigt und auch die anderen Gebäude sind teils aufgerichtet, teils so weit gefördert, daß mit dem Aufstellen demnächst begonnen werden kann. Bald werden auch die anderen Handwerksleute eingreifen müssen, um alle Gebäude rechtzeitig fertig zu stellen. Gas- und Wasserleitung sind bereits auf dem ganzen Ausstellungsplatz gelegt, ebenso sind die Vorarbeiten zu den Leitungen von elektrischem Licht und Kraft in Angriff genommen.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 29. April.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher beendet.

Eine am Donnerstag, den 25. April, tagende öffentliche Schuhmacherversammlung stimmte mit großer Stimmenmehrheit den Tarifsätzen sowie der Werkstattordnung zu. Wenn auch einige Punkte nicht zur Zufriedenheit ausfielen, so stellten wir uns doch auf den Standpunkt, daß verschiedenes nachgeholt werden kann. Der jetzige Tarif wurde gegenüber dem vorhergehenden von 9 Proz. bis auf 34 Proz. erhöht, eine Position auf 66 Proz. dieselbe kommt aber nicht in allen Geschäften vor.

Sache der Gehilfen sowie der Meister wird es jetzt sein, diesen Tarif voll und ganz zur Durchführung zu bringen. Gleichzeitig wurde eine Kommission gewählt, welche die Aufgabe hat, bei sämtlichen Meistern, welche nicht in der Innung sind, die Unterschriften zu sammeln, wobei uns die Meister behilflich sein wollen.

Die Filiale Karlsruhe.

Kauft Kilometerhefte.

Morgen Dienstag, nachts 12 Uhr, hört der Verkauf der Kilometerhefte auf. Wer sich eines oder mehrere dieser „Zauberheftchen" zulegen kann, hat also die höchste Zeit, es zu tun. Die Kilometerhefte haben bis zum 30. April 1908 Giltigkeit.

* **Vortrag über Frauenstimmrecht.** Am Montag, 29. April, abends halb 9 Uhr, wird Frl. Lida Gustava Heymann, 2. Vorsitzende des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, im Saal III der Brauerei Schrempp (Waldstraße) einen Vortrag über das Thema: „Frauenstimmrecht" halten. Die Bewegung für Frauenstimmrecht hat in Baden bereits festen Fuß gefaßt. Es besteht bereits ein Badischer Verband für Frauenstimmrecht, dem Ortsgruppen in Mannheim, Freiburg und Konstanz angegliedert sind.

* **Vergeben** werden: die Lieferung von Eisenträgern für das Gaswerk II an die Firma L. J. Ettlinger, die Lieferung von 45 Litewken für Stadt- und Schuldiener an die Firma Schröder u. Fränkel, die Ausführung von Unterhaltungsarbeiten in der städtischen Badeanstalt zu Maxau wie folgt: Zimmerarbeiten an Wilhelm Siegel in Knielingen, Anstreicherarbeiten an Dold und Wagner, Dachdeckerarbeiten an Eduard Appel.

Gemeindezeitung.

Lahr, 2. April. (Bürgerausschußsitzung.) Die Sitzung hatte sich mit dem Voranschlag für 1907 zu beschäftigen. Die sozialdemokratischen Mitglieder haben eine Reihe Anträge vorbereitet. Ein Antrag, die Sitzungen anstatt früh 9½ Uhr auf nachmittags 4 Uhr anzuberaumen, wird mit dem Hinweis erledigt, daß dem für gewöhnlich stattgegeben wird und nur die größeren Sitzungen früh beginnen, um in einem Tag fertig zu werden.

Mit einer für die Bewohner des Stadtteils Burgheim das ganze Jahr hindurch fühlbaren Kalamität beschäftigt sich ein weiterer Antrag, der die Herstellung eines Gehwegs nach Burgheim forderte. Bürgerausschußmitglied Brucker begründet denselben. Oberbürgermeister Dr. Altfelix bemerkt, daß dem Antrag außerordentlich große Schwierigkeiten entgegenstünden. Durch die Anlage würde die Erwerbung des Geländes viele Tausende von Mark kosten. Für einen Gehweg nach dem außerhalb der Stadt gelegenen Hohbergseehotel sind im Voranschlag 800 Mk. angesetzt. Oberbürgermeister Dr. Altfelix empfiehlt die Bewilligung aus Rücksicht auf die Spaziergänger. Bürgerausschußmitglied Brucker ersucht, die niederen Beamten der Krankenversicherung zu überweisen, denn den niederen Beamten ist es bei ihrem Gehalt nicht möglich, in gesunden Tagen für Krankheitsfälle zu sparen. Oberbürgermeister Dr. Altfelix bemerkt, die Stadtverwaltung sei nicht in der Lage, dem Antrag stattzugeben, denn die Beamten bekommen während 26 Krankheitswochen den vollen Gehalt bezahlt. Bürgerausschußmitglied Christmann moniert die Benennung der Straßen, die Namen von Männern erhalten, die sich um das Vaterland verdient oder auch nicht verdient gemacht haben. Man solle neue Straßen nach Männern wie Gutenberg 2c. benennen.

Ein Antrag beschäftigt sich mit den Konzerten im Stadtpark, die seither von der Militärkapelle Sonntag nachmittags gegen ein Eintrittsgeld von 30 und 40 Pfg. abgehalten wurden. Statt dessen solle die Stadtkapelle

für etwa 10 Pfg. konzertieren, um der Arbeiterbevölkerung Natur- und Kunstgenuß zugänglich zu machen. Hierzu sprechen Bürgerausschußm. Christmann u. Brucker. Oberbürg. Dr. Altfelix bemerkt, daß man der Stadtkapelle nichts vorschreiben könne, wenn sie aber im Stadtpark konzertieren wollte, steht dem nichts im Wege. Uebrigens sei die Gelegenheit, den Stadtpark zu besuchen, in reichem Maße gegeben, da die Militärkonzerte erst um 1/4 Uhr beginnen. Wenn die Frau die Kochkiste benutze, könne die Frau auch zu den 11 Uhr-Konzerten, die die Stadtkapelle gratis gibt, mit spazieren gehen.

Eine längere Erörterung entspinnt sich über die Gehaltsfrage der Lehrer, eine neue Vorlage soll im nächsten Jahre unterbreitet werden. Dieses Jahr werden den Hauptlehrern noch je 50 Mk. Wohnungsgeldzuschuß nachbewilligt. Bürgerausschußm. Baumert begründet hierauf einen Antrag, neben den Lehrmitteln auch die Lernmittel für die Volksschule unentgeltlich zu liefern. Diejenigen Kinder, welche jetzt von der Vergünstigung Gebrauch machen, werden von den andern schon als die Stadtarmen betrachtet. Der Vorsitzende, Oberbürg. Dr. Altfelix sucht in finanzieller Beziehung die Unmöglichkeit nachzuweisen, den Antrag im Rahmen des Voranschlags zu erledigen. Bürgerausschußmitglied Buchbindermeister Flüge bittet solchem Antrag kein Gehör zu schenken. Er betrachtet die Sache von seinem Geschäftsstandpunkt aus und verstieg sich zu der Behauptung, wenn die Kinder alles unentgeltlich bekämen, würden sie Mißbrauch damit treiben, der an Schlechtigkeit grenzen würde. Mancher Familienvater würde sich dagegen verwahren, die Lernmittel von der Stadt geschenkt zu bekommen!

Bürgerausschußmitglied Brucker stellt fest, daß der Vorredner lediglich als Geschäftsmann gesprochen hat und seine Rede vom sozialen Standpunkt aus nicht auf der Höhe der Zeit steht. Er bittet, daß der Antrag im Stadtrat für den nächstjährigen Voranschlag erwogen wird. (Schluß folgt.)

Gerichtszeitung.

§ **Karlsruhe**, 25. April. Sitzung der Strafkammer IV. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor v. Woldeck. Vertreter der großh. Staatsanwaltschaft Dr. Bleicher.

Von dem Bezirksamt Rastatt wurde am 4. Januar gegen den Fabrikarbeiter Ignaz Wörner aus Weißenbach eine Strafverfügung auf 1 Woche Haft erlassen, weil er in der Sylvesternacht mit einem Revolver zweimal zu Weißenbach in dem Hofe des Landwirts Gg. Dörrer schoß, wobei eine Kugel ein Fenster des Nachbarhauses durchschlug und dort in die Zimmerdecke eindrang. Wörner nahm die Strafe nicht an, sondern verlangte gerichtliche Entscheidung. Am 14. Februar stand die Sache vor dem Schöffengericht Gernsbach zur Verhandlung. In derselben bestritt der Angeklagte, während der Neujahrsnacht geschossen zu haben. Er behauptete, daß einer der jungen Burschen, die sich in jener Nacht in der Nähe des Dörrerschen Anwesens auf der Straße herumgetrieben hätten, die Schüsse abgegeben haben müsse. Das Schöffengericht erachtete auch die Täterschaft des Angeschuldigten nicht für erwiesen und erkannte deshalb auf Freisprechung. Gegen dieses Urteil legte die Großh. Staatsanwaltschaft Berufung ein, die heute die Strafkammer beschäftigte. Auf Grund des Beweisergebnisses kam das Gericht zu der Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurteilte denselben wegen unerlaubten Schießens zu 20 Mk. Geldstrafe.

Letzte Post.

Vorerst kein weiterer Ministerwechsel.

Karlsruhe, 28. April. Die Karlsr. Ztg. meldet, daß die Zeitungsmeldungen, wonach der Staatsminister Frhr. v. Dusch in Bälde von seinem Amte zurücktrete, unbegründet seien.

Nachträgliches zur Herausgabe der Hohenlohe-Memoiren.

Straßburg, 27. April. Der Präsident des Oberkonsistoriums, Dr. Curtius, der im Auftrag des Prinzen Alexander die Hohenlohe-Memoiren herausgegeben hat, erhielt, entgegen der sonstigen Gepflogenheit, diesmal keine Einladung zur Kaisertafel anläßlich des Besuchs des Kaisers in Straßburg. Mehrere Mitglieder des Oberkonsistoriums haben darauf um eine Audienz beim Fürsten Statthalter nachgesucht, aber den Bescheid erhalten, daß sie nicht empfangen werden könnten, da die Zeit des Statthalters anderweitig in Anspruch genommen sei. Zugleich wurde es ihnen anheimgestellt, ihre Wünsche schriftlich zu übermitteln.

Vereinsanzeiger.

Baden-Baden. Parteigenossen! Die Stellung zur diesjährigen Maifeier dürfte wohl allen bekannt sein. Am Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 2 Uhr, treffen sich die feiernden Genossen im „Bratwurstglöckle" zu einem gemeinsamen Ausflug; abends 8 Uhr ebendaselbst öffentl. Versammlung mit der Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai; Ref. Gen. Marxloff. Am Sonntag, den 5. Mai, gemeinsamer Ausflug nach Gaggenau; Abmarsch präzis 1 Uhr vom Parteilokal. Wir erwarten, daß die Parteigenossen und Gewerkschaftler sich recht zahlreich zur Versammlung und Ausflug einfinden und bitten wir auch, die Sangesgenossen, vollzählig zu erscheinen. 1788

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins und Gewerkschaftskartells.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Leitartikel, Badische u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindezeitung und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weißmann; für die Inserate: K. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Bureau: Markgrafenstr. 26 I. Telefon 2098. Geöffnet von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr. Dienstag und Freitag bis abends 8 Uhr. Samstags mittags von 2 Uhr ab und Sonntags geschlossen. 1690

Am 1. Mai finden in nachfolgenden Lokalen

4 grosse öffentliche

Metallarbeiter-Versammlungen

statt, mit der Tagesordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Die Versammlungen finden statt in den **Drei Linden**, Mühlburg,

nachmittags 4 Uhr,

im **Prinz Heinrich**, Kurvenstraße,

abends 6 Uhr,

im **Burghof**, Karl-Wilhelmstraße,

abends 6 Uhr,

im **Grünen Hof**, Durlach,

abends 6 Uhr.

Die Kollegen, die in der Lage sind, ohne Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen, am 1. Mai die Arbeit ganz ruhen zu lassen, haben sich vormittags 10 Uhr in der **Deutschen Eiche**, Augartenstr. 60, einzufinden.

Zahlreiche Beteiligung obiger Versammlungen erwartet

1726 **Die Ortsverwaltung.**

Krankenunterstützungsbund der Schneider, E. V.

(Lokal: „Weißer Berg", Ludwigsplatz.)

Am **Montag den 29. April 1907, abends halb 9 Uhr**, findet unsere 1740

Quartalsversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht der Hauptkasse von 1906.
2. Bericht der hiesigen Filiale u. Abrechnung vom 1. Quartal 1907.
3. Verschiedenes.

J. A. der Ortsverwaltung:
Peter Mees.

Bad. Verband für Frauenstimmrecht.

Montag, 29. April 1907 abends **8½ Uhr** in der Brauerei Schrempp, Saal 3

Frauenstimmrecht!

Vortrag des Fräulein **Lida Gustava Heymann**, II. Vors. des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht.

1781 **Jedermann eingeladen!**

Freie Diskussion. **Freier Eintritt.**

Drei populäre Vorträge

über 1725

Schwindsucht und Krebs

von

Professor **Dr. Riffel**

Dienstag, den 30. April, 7. Mai und 14. Mai, abends 8–9 Uhr, im Hörsaal Nr. 37 der Technischen Hochschule.

Abonnement Mk. 3.—, Einzelkarte Mk. 1.50 sind zu haben in **A. Bielefelds** Hofbuchhandlung (Liebermann & Cie.) und abends an der Kasse.

Maifeier Offenburg.

Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags punkt 1 Uhr,

Zusammenkunft der Feiernden im „Anker",

anschließend

Ausflug nach Gengenbach

Abfahrt 1½ Uhr. 1742

Abends von 8 Uhr ab

Festfeier in der Michelhalle

Festrede, Gesang, Theater und Instrumentalvorträge.

Gewerkschaftskartell u. Soz. Partei.

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle

für **Frauen**, Dienstag Abend 6—8 Uhr, **Kriegstr. 44.**

Gewerkschaftsorganisationen und Soziald. Partei

Pforzheim.

Die diesjährige

Mai-Feier

findet **Mittwoch, 1. Mai** statt. **Vormittags 10 Uhr** im **„Tivoli"**

grosse Versammlung

Ansprache von Emil Eichhorn.

Nachmittags 2 Uhr: Abmarsch vom „Tivoli" nach **Eutingen** in das Gasthaus zum „Adler" und „Waldhorn". Marschmusik von der Feuerwehrkapelle. **Abends 8 Uhr:**

Fest-Bankett

im Saale des Hotel „Schwarzer Adler" unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereins „Freiheit" und des Buchdruckergesangvereins „Gutenberg". Konzert der Feuerwehrkapelle. Festrede von Emil Eichhorn. Deklamationen usw. 1619

Wir erwarten eine starke Beteiligung der hiesigen Arbeiterschaft.

Die Festkommission.

Soziald. Verein u. Gewerkschaftskartell Lahr.

Mai-Feier.

Mittwoch den 1. Mai, vormittags 10 Uhr,

Zusammenkunft im „Adler".

Nachmittags ½2 Uhr, 1788

gemeinschaftlicher Spaziergang vom Adler aus.

Abends ½8 Uhr, im „Adler"

Fest-Feier

unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereins.

Festrede, gehalten von Adolf Heising, Straßburg. — Aufführung von lebenden Bildern usw. — Eintritt frei!

Wir erwarten eine starke Beteiligung der organisierten Arbeiterschaft.

Die Festkommission.

Offene Stellen.

Bei der weiblichen Abteilung unserer Anstalt sind auf sofort und auf 1. Mai folgende offene Stellen gemeldet: Köchinnen, Mädchen für alles, Zimmermädchen. Ferner für Hotels und Wirtschaften: Köchinnen, Zimmermädchen, Serviermädchen, Küchenmädchen.

Vermittlung völlig unentgeltlich. Telephon 1188.

Städt. Arbeitsnachweisanstalt,

Zähringerstraße 112. 1634

Lebensstellung

oder hohen Nebenverdienst findet gutbeleumundeter Beamter, Kaufmann, Handwerker 2c. durch Uebernahme einer Vertretung für eine der ältesten, größten und bestfeingeführten Versicherungsgesellschaft gegen festen Gehalt oder hohe Provision. Vorkenntnisse nicht erforderlich. Offert. unt. Z. 1694 an die Exped. des Volksfreund erbeten.

Offenburger Pferde

Ziehung 6. Juni 1907

Bar Geld

sofort mit 80% auszahlbar i/W.

25,000 M.

1. Hauptgewinn

5000 M.

2. Hauptgewinn

2000 M.

10 Gewinne

6000 M.

488 Gewinne

12,000 M.

Beste Gewinnchancen! 50% der Einnahme wird verlost.

Los à 1 M. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 20 ₰ empfiehlt das General-Debit

J. Stürmer, Strassburg i. E. Langestr. 107.

Carl Götz, Hebelstr. 11/15 H. Moyle, E. Dahlemann, L. Michel, E. Flüge, Chr Frank, A Stauffert, Fr. Haselwander. 1595

A. Bruder, Schuhgeschäft, — W. Wetz.

Brautleute!

2 neue vollständ. Betten, Chiffonnier, Spiegelschrank, Vertikow, Diwan, Küchenschrank, Tisch und Stühle sowie eine bessere Kinderbettstatt, billig abzugeben. 1721

Seubertstr. 2, part., b. Schlachthof.

Sternbergstr. 2, 2. St. r., sind 2 schön möbl. Zimmer auf 1. Mai mit Frühstück zu 14 u. 16 Mk. z. verm.

Naturheilverein Karlsruhe

E. V.

Montag, den 29. April, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, **Goldener Adler**, Karl-Friedrichstraße

ordentliche

Generalversammlung.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

1741 **Der Vorstand.**

Schreiner-Werkführer gesucht.

Tüchtige erfahrene Kraft, welche selbständig den Betrieb einer Uhrkastenfabrik leiten kann, maschinell vertraut und in der Kalkulation versiert ist, findet sofort dauernden Posten bei gutem Salair. Anträge unter **Deutschböhmen** (Oesterreich) **1739** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gebirgs-Kartoffeln

(Magnum Bonum)

das Beste und Billigste, was es gibt 1424

30 Pfund Mk. 1.20

so lange Vorrat bei

Ernst Denble,

Augartenstr. 24, Ecke der Wilhelmstraße.

Wohnung zu vermieten.

Kaiserstraße 143 ist im zweiten Obergeschoß, 3. Stock, eine Wohnung von 7 Zimmern, Küche, Speisekammer, Bad und sonstigem reichlichen Zubehör auf 1. Oktober ds. Js. zu vermieten.

Näheres beim **städt. Hochbauamt**, Rathaus Zimmer 108. 1736

Wohnung zu vermieten.

Bahnhofstraße 24 ist im ersten Obergeschoß (2 Stock) eine Wohnung von 3 Zimmern, Alkov, Küche und Zubehör sofort oder später zu vermieten.

Näheres beim **städt. Hochbauamt**, Rathaus, Zimmer 108. 1737

Reise-Artikel

u. **Lederwaren** empfiehlt zu billigen Preisen 1591

M. Oswald, Schützenstraße 42.

An- und Verkauf

fortwährend getragene **Herren- und Damenkleider, Schuhe u. Stiefel**, aber nur gute Sachen.

Frau **Bertha Streckfuss**, Brunnenstr. 5, Eing. Durlacherstr.

Waschzuber, großer, ovaler zu verkaufen. Rüppurrerstr. 76 3.

Bügelofen mit Rohr, sowie ein schöner Firmenschild, billig zu verkaufen. Luisenstr. 48, H. 4. St.

Vogelhecke 4teilig, billig zu verkaufen.

Kapellenstr. 62, 4. St. lks.

Blindenheim Geld-Lotterie

Ziehung 4. bis 7. Mai a. c.

Haupttreffer 20000 bare Mark

zus.: 3333 Gewinne mit Mark 45 000 bar Geld.

Lose à Mk. 1.—, 11 Stck. Mk. 10.— versendet

Carl Götz, Bankgeschäft, Karlsruhe.

Ferner: J Antweiler, E. Dahlemann, C. Graf, J. Jung, L Michel, K. Morlock, P. Roth, G. Schneider, H. Vogel. E. Wegmann, Chr. Wieder und Filialen, C. Zachmann, H Zöllner. 1560

Ich habe mich in **Karlsruhe** als **Rechtsanwalt** niedergelassen.

Mein Bureau befindet sich — vereinigt mit dem der Herren Rechtsanwälte Dr. Friedrich Weill, Dr. Ed. Dietz und Dr. O. Cantor — **Kaiserstrasse 199.** 1782

Dr. Karl Kirchenbauer,

Rechtsanwalt.